

Studierendenvertretung an der Uni Freiburg

(vorstand@stura.uni-freiburg.de)

Sprechzeiten: Mo – Do 11 - 13 Uhr, Mo & Do 14 – 16 Uhr, Fr 10 – 12 Uhr

Telefon: (0761) 203-2033

Fax: (0761) 203-2033



Studierendenvertretung

Belfortstr. 24
79098 Freiburg

Sekretariat
Tel. 0761/203-2032
Fax 0761/203-2034
info@stura.org

Finanzen u. Haushalt
Tel. 0761/203-9648
finanzen@stura.org
haushaltsbeauftragte@stura.org

Vorstand
Tel. 0761/203-2033
vorstand@stura.org

www.stura.uni-freiburg.de

Freiburg, 17.03..2017

Sehr geehrte Abgeordnete des Landtags in Baden-Württemberg,

Zu Beginn des letzten Wintersemesters mussten wir mit Erschrecken feststellen, dass die Landesregierung einen Gesetzesvorschlag für neue Studiengebühren in Planung hat. Wir, als Studierende der Universität Freiburg, positionieren uns klar gegen diesen Vorschlag und halten ihn auf mehreren Ebenen für fatal für eine gerechte Bildung.

Bildung ist ein Grundrecht und muss allen offen stehen. Daher sollten neben den Hochschulen auch alle anderen Bildungswege kostenfrei sein. Das eigene Interesse und nicht das vorhandene Vermögen sollte dafür ausschlaggebend sein, für welche Ausbildung man sich entscheidet. Die Forderung, dass "Nicht-EU-Bürger*innen" zahlen sollen, ist diskriminierend. Kein Mensch hat einen Einfluss darauf, welche Staatsbürger*innenschaft er oder sie bei der Geburt bekommt. Dies darf keinesfalls zum Parameter für zukunftsorientierte Bildung werden und scheint nur dogmatisch vorgeschoben, um klar zu entscheiden, welchen Menschen Bildung in diesem Land offen stehen soll.

Zudem betrachten wir mit großer Besorgnis, wie die geplante Regelung Werte, welchen sich die Bundesrepublik Deutschland selbst verpflichtet hat, mit Füßen tritt. Die Landesregierung widerspricht damit nicht nur dem Recht auf freie Bildung, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Grundgesetz festgeschrieben ist. Im Gegenteil mahnt Artikel 13 des von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpaktes an, dass finanzielle Hürden zum Zugang zu Bildung nicht gesteigert werden dürfen, sondern permanent abgebaut werden müssen. Dass der Gesetzesentwurf von einer Sozialverträglichkeit spricht, kann nicht ernst genommen werden, da die ökonomischen Hintergründe weder für Internationale noch für Zweitstudierende überprüft werden. Noch 2016 warb die Partei "Bündnis '90 / Die GRÜNEN Baden Württemberg" in ihrem Programm zur Landtagswahl: "Der Zugang zum Studium darf nicht vom Geldbeutel oder von der sozialen Herkunft der Eltern abhängen." [1]. Mit dem Gesetzesentwurf zu Studiengebühren ist dieses Wahlversprechen Geschichte.

Hier mit der deutsch-europäischen "Solidargemeinschaft" zu argumentieren, halten wir für falsch. Ausländische Student*innen erwirtschaften, einer Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zufolge, jährlich Erträge in Höhe von 400 Millionen Euro an Steuereinnahmen. [2]

Dem gegenüber stehen die geplanten Einnahmen aus den Studiengebühren

Wir sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen: Haltestelle ‚Stadttheater‘

Studierendenvertretung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (KödR)

GLS Gemeinschaftsbank Bochum * IBAN: DE18 4306 0967 4074 3204 00 * BIC: GENODEM1GLS

von nur etwa 40 Millionen Euro. Die Entscheidung zahlt sich also nicht nur finanziell nicht aus, sondern schädigt durch die Abwanderung kluger Köpfe in andere Bundesländer auch dem Bildungsstandort Baden-Württemberg. Ferner ist es absurd, Menschen, die ein Zweitstudium beginnen, zum Zahlen zu verpflichten. Ein Zweitstudium dient dazu, sich weiterzubilden und eigene Kompetenzen zu erweitern. Unsere heutige Informationsgesellschaft geht einher mit einer Wissensgesellschaft; somit stellt die Einschränkung der Möglichkeit Zweitstudien zu beginnen auch einen gesellschaftlichen Rückschritt dar.

Studiengebühren unterminieren alle Bemühungen, Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich herzustellen - ein Bereich, in dem Deutschland großen Nachholbedarf hat. Wie in kaum einem anderen westlichen Land, bestimmt in Deutschland die soziale Herkunft über den individuellen Karriereweg [4]. Dass die Forderungen nach Studiengebühren gerade von der Partei kommen, welche maßgeblich von den vergangenen Protesten gegen Studiengebühren profitiert hat, ist an Zynismus kaum zu übertreffen und aus unserer Sicht beschämend.

Uns ist durchaus bewusst, dass die Landesregierung mit der Unterstützung der beiden Regierungsfractionen, sollten diese ihre Positionen beibehalten, die Mehrheit bekommen wird. Wir möchten allerdings an Sie alle appellieren, sich die Argumente gegen die Studiengebühren noch einmal vor Augen zu führen und sich zu überlegen, ob Sie alle die Konsequenzen mittragen möchten, als Vorreiter für neue Studiengebühren zu agieren. Wir kritisieren den Zwang, dass Einsparungen in allen Ressorts getroffen werden müssen. Die positiven Effekte von Investitionen im Bildungssystem sind oft nicht direkt bemerkbar. Diese Investitionen zählen aber zu den weitreichendsten und notwendigsten, um eine positive gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu fördern.

Eine nachhaltig gestaltete Bildung und eine ebensolche Investitionspolitik ist maßgeblich für das Land Baden-Württemberg, um ein Ort des Fortschritts und der Zukunft zu bleiben. Es ist deshalb nicht zu spät, den Gesetzesentwurf zurück zu nehmen und die Möglichkeit, eine Entscheidung hin zu einer sozial und nachhaltig orientierten Politik zu treffen besteht weiterhin.

Deswegen fordern wir Sie alle auf, keine Politik gegen uns als Betroffene zu machen und stattdessen gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf zu stimmen.

Mit freundlichen Grüßen,

der Vorstand der Studierendenvertretung der Universität Freiburg

[1]<https://www.gruene-bw.de/app/uploads/2016/01/GrueneBW-Landtagswahlprogramm-2016.pdf> (S. 123)

[2]<https://www.bmbf.de/de/auslaendische-studierende-ein-gewinn-fuer-deutschland438.html>

[3]<https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/hochschulen-studium/studienfinanzierung/gebuehren-fuer-internationale-studierende-und-zweitstudium/>

[4]https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/IB/10_Auslaenderbericht_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (S. 98)